

Beschluss des Landrats vom 29.08.2024

Nr. 673

9. Ausgabenbewilligung für das Programm «Waldpflege im Klimawandel» für die Jahre 2025–2028

2024/387; Protokoll: pw

Kommissionspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) sagt, wer in den letzten Jahren im Wald spazieren gewesen sei, der habe feststellen können, wie sich der Wald immer mehr verändere. Nach einem regenreichen Sommer wie in diesem Jahr ist er zwar schön und üppig bewachsen, aber unter dem grünen Kleid sieht es häufig anders aus: Der Waldboden ist übersät mit umgefallenen Bäumen und Ästen und viele Stellen im Gehölz sind kahl. Der Klimawandel im Wald hat viele Gesichter: Bäume treiben früher aus und die Blätter verfärben sich schneller herbstlich, exotische Baumarten kommen auf, alte und eingesessene werden mehr und mehr verdrängt, bislang unbekannte Schädlinge machen sich breit – und noch vieles mehr.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, beantragt der Regierungsrat, das Programm «Waldpflege im Klimawandel» weiterzuführen, und zwar auf einem höheren Niveau als in der letzten Etappe. 2020 bis 2023 hat der Landrat dafür CH 4,4 Mio. gesprochen. Heute werden CHF 6,5 Mio. beantragt.

Worum geht es im Programm? Es geht um eine Sicherung der Naturverjüngung und eine Verringerung des Verlusts durch Absterben von Bäumen. Es geht um Ausscheidung und Pflege von geeigneten, so genannten Gen-Erhaltungsbeständen und um Biotopbäume. Es geht um Wildschutz und Wildregulierung, um die Optimierung der Erschliessungswege im Wald und um eine befristete Stilllegung von Flächen mit einem hohen Anteil an toten Bäumen im Hinblick auf eine mögliche Wiederbewaldung. All diese Massnahmen wurden bereits gestartet.

Ein zentraler Punkt ist, dass vor allem betagte Bäume klimabedingt einem starken Stress ausgesetzt sind. Es wird also in erster Linie darum gehen, den alten und nicht so gut angepassten Bestand sukzessive rauszuholzen und mit besser ans veränderte Klima angepassten Bäumen zu ersetzen, also eine Naturverjüngung einzuleiten. Mit anderen Worten: Die Umtriebszeit muss von heute 130 auf rund 100 Jahre reduziert werden. Denn: Je kürzer die Umtriebszeit, also der Zeitraum zwischen Bestandsgründung und Endnutzung, desto stabiler ist der Wald. Das alles kostet Geld.

Wie erwähnt, ist für all die Waldpflege-Massnahmen in der letzten Periode noch weniger Geld ausgegeben worden. Ursprünglich hätten die bereits laufenden Massnahmen für CHF 4,4 Mio. weitergeführt werden sollen. Vor der Behandlung in der Kommission sind dann aber verschiedene Akteure auf den Plan getreten – nämlich die Waldeigentümer beider Basel und der Verband des Forstpersonals beider Basel – und haben darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen Mittel längst nicht ausreichen würden. Gleichzeitig wurden im Landrat Budgetanträge eingereicht, die ebenfalls auf eine Erhöhung der Mittel abgezielt hatten. In der Kommission wurden die Stimmen angehört und die Anträge intensiv diskutiert. Am Schluss hat die Kommission mit 8:5 Stimmen beschlossen, dass der Regierungsrat die Vorlage zurücknehmen und sie erweitern soll.

Sieben Monate später lag die neue Vorlage vor. Die wesentliche Veränderung betrifft die Waldpflegebeiträge, wofür CHF 5 Mio. statt CHF 2,8 Mio. eingesetzt sind. Dabei geht es um Stabilitäts- und Verjüngungspflege – um die Förderung der Samenbäume – und um Wiederherstellungsmassnahmen. Im Gegenzug sollen die Waldeigentümer ein Bewirtschaftungskonzept vorlegen. Zudem muss nachgewiesen sein, dass keine finanzielle Substitution stattfindet, sondern die Gelder tatsächlich für die vorgesehenen Aufgaben eingesetzt werden. Neu schliesst der Kanton auch vierjährige Leistungsvereinbarungen mit den Waldeigentümern oder den Zweckverbänden ab, was eine bessere Planungssicherheit ermöglicht.

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission behandelte die ursprüngliche Vorlage an ihren Sitzungen vom 10. November und 8. Dezember 2023. Am letzten Termin gab es Anhörungen mit den Vertretern des Verbands Wald beider Basel. Die überarbeitete Vorlage wurde am 21. Juni 2024 behandelt. Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

Die VGK unterstützt das Massnahmenprogramm und ist sich bewusst, dass es weitergeführt werden muss. Die Waldeigentümer müssen unterstützt werden, damit die nötigen und wichtigsten Pflegemassnahmen umgesetzt werden können. Dafür ist der Einsatz von Kantonsmitteln unabdingbar. Diskutiert wurde vor allem über die Höhe des Betrags. Eine Minderheit war der Meinung, dass die ursprüngliche Vorlage gut und die dort beantragten CHF 4,4 Mio. ausreichend seien. Man könne ja immer noch nachträglich einen Kredit sprechen, sollte das nötig sein.

Die Mehrheit der Kommission wurde aber von den dringenden Appellen und den Argumenten der Fachleute überzeugt, die mit dem Wald und seinen Problemen täglich zu tun haben. Diese Fachleute haben argumentiert, dass die notwendige Pflege vom und im Wald schon heute sehr anspruchsvoll sei und sie in Zukunft noch zunehmen werde. Die klimatische Störung führt dazu, dass sich der Wald wegen der vielen Ausfälle des alten Bestandes schneller verjüngt. Das führt zu mehr Jungwaldfläche. 50 % mehr Jungwaldfläche heisst, dass im Kantonsgebiet 500 Hektaren mehr bearbeitet werden müssen. Dort, wo vorher z. B. Fichten standen, ist man vermehrt auf besonders kostenintensive Pflanzungen von klimaangepassten Baumarten angewiesen. Das führt dazu, dass die Kosten wesentlich höher sind als ursprünglich gedacht.

Die wichtigste Frage ist: Welche Bäume haben die grössten Überlebenschancen? Es braucht eine auf die Genetik der Bäume bezogene Vielfalt. Welche das sind, versucht man aktuell z. B. in einem Forschungsprojekt in Ziefen herauszufinden. Das Schlüsselwort heisst also Vielfalt. Und diese erreicht man mit unterschiedlichen Baum- und Bewirtschaftungsarten und Waldstrukturen. Dabei geht es auch um die Beschaffung der geeigneten Bäume – und damit um die Zugänglichkeit zu den begehrten Zukunftsbäumen auf dem Markt.

Dies alles macht deutlich, dass Waldpflege eine Herausforderung auf verschiedenen Ebenen ist. Die VGK beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen ohne Enthaltungen, dem Landratsbeschluss zuzustimmen und die CHF 6,52 Mio. zu sprechen.

– *Eintretensdebatte*

Markus Graf (SVP) dankt der Kommissionspräsidentin für den sehr ausführlichen Bericht. Die SVP-Fraktion kritisiere – nicht zum ersten Mal – die Weltuntergangsstimmung, die auch in diesem Bericht vorliege. Es ist von drastischen Veränderungen die Rede. Linke und grüne Parteien prophezeien den Untergang des Waldes in nächster Zeit. Dem ist nicht so und die SVP findet dies schade. Der Wald ist im stetigen Wald. Die Natur ist im stetigen Wandel. Es kann jedoch in die Natur eingegriffen werden und sie kann unterstützt werden. Die SVP war zu Beginn dagegen, dass die Vorlage zurück in die Kommission genommen wird, da für sie klar war, dass der Betrag genügend hoch ist. Jedoch sieht sie auch die Argumentation, dass so vielleicht auf die Kosten im Zusammenhang mit den Budgetanträgen verzichtet werden kann, die beinahe jährlich eingereicht und auch fast immer angenommen werden. Die SVP hat während der Kommissionsberatung immer wieder betont, dass das Geld dort ankommen muss, wo gesägt, gepflegt und geschützt wird – und nicht irgendwo in einer Excel-Tabelle in der Verwaltung. Die neue Vorlage zielt entsprechend auf die richtigen Massnahmen. Der überalterte Wald soll stark verjüngt werden. Junge Bäume werden gepflegt, geschützt und so genannte Zukunftsbäume werden gezüchtet. In der ganzen Schweiz gibt es keine einzige Baumschule, die solche Zukunftsbäume zieht. Dies muss jetzt mit Bundes-, aber auch Kantonsgeldern gefördert werden. Ein weiterer Grund für die Erhöhung des Betrags sind Schädlinge – ganz aktuell ist es der Japankäfer und der Borkenkäfer macht durch die Erwärmung der letzten Jahre eine Population mehr Käfer, die so mehr Schaden anrichten können. Die Waldbewirtschaftung ist nicht mehr gleich wie vor 20 Jahren. Es hat sich etwas geändert. Der

SVP ist es ein Anliegen, den Leuten zu danken, die im Wald arbeiten. Dies sind vor allem die Forstwirte, aber auch die privaten Waldbesitzer, die den Wald so gut im Schuss halten, dass er auch in Zukunft für die nächste Generation noch ein lohnenswertes Ausflugsziel ist. Die SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich die Vorlage unterstützen und der Ausgabenbewilligung zustimmen.

Urs Roth (SP) dankt ebenfalls der Kommissionspräsidentin für die ausführlichen Erläuterungen zur Vorlage. Es geht um die Fortsetzung des Programms «Waldpflege im Klimawandel», dies aber mit einem erhöhten Mitteleinsatz. Die SP-Fraktion wird der Vorlage einstimmig zustimmen und ist überzeugt, dass die zusätzlichen Mittel notwendig sind, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Letztlich geht es auch darum, die öffentlichen Leistungen des Waldes auch für eine nächste Generation und eine Planungssicherheit für eine vierjährige Leistungsperiode für alle Beteiligten sicherzustellen. Urs Roth ist mit Markus Graf einer Meinung, dass die Mittel bei denjenigen ankommen sollen, die im Wald die Arbeiten umsetzen. Dafür braucht es aber zwei Voraussetzungen, die in der Vorlage neu enthalten sind: Es braucht ein Bewirtschaftungskonzept und einen Nachweis über den Mitteleinsatz. All dies soll in den Leistungsvereinbarungen festgehalten werden. Die Kommission hat intensiv über den Mitteleinsatz diskutiert und die SP ist überzeugt, dass dieser notwendig ist.

Balz Stückelberger (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion habe eine etwas differenzierte Meinung, die im Folgenden dargelegt werde. Am Ende wird er zudem einen Antrag stellen. Auch die FDP-Fraktion sieht, dass die Waldpflege notwendig ist, weshalb sie klar für die Weiterführung des Programms ist. Es wäre völlig falsch, das Projekt nun zu stoppen. Die FDP ist aber auch der Meinung, dass politische Prozesse sauber geführt werden sollten, auch in der Kommission. Des Weiteren sollten Ausgaben in der heutigen Zeit im Kontext des aktuellen Finanzhaushalts gesehen werden. Der Landratspräsident hatte heute in seinen einleitenden Bemerkungen gesagt, dass alle Wählerinnen und Wähler vom Landrat einen haushälterischen Umgang mit den Finanzen erwarten. Die FDP ist auch dann bereit, zu diesem Wahlversprechen, das wohl alle abgegeben haben, zu stehen, wenn es mal unangenehm ist und wenn es um solch sympathische Themen wie den Wald geht. Die Geschichte, welche die Kommissionspräsidentin sehr gut und sachlich erzählt hat, könnte pointiert auch etwas anders erzählt werden: Die vorliegende Vorlage hat es vor einem Jahr schon einmal gegeben und wurde in der Kommission beraten. In der Vorlage zeigte der Regierungsrat genau auf, was das Problem ist, was unternommen werden muss und was das Preischild für eine angemessene Waldpflege aus Sicht der Fachleute aus der Verwaltung wäre – nämlich CHF 4,08 Mio. Dann hat aber die «Wald-Lobby» ihre Muskeln spielen lassen und Budgetanträge wurden eingereicht. Dies hat dazu geführt, dass nicht nur die Meinung in der Kommission gekippt ist, sondern leider auch im Regierungsrat. Ein Jahr später kostet das Ganze CHF 2,5 Mio. mehr. Die FDP-Fraktion war damals schon dagegen, dass man sich beeindrucken lässt. So etwas sollte man aushalten, auch wenn man mehr Geld zur Verfügung stellen möchte. Man könnte überall mehr Geld ausgeben. In der Konsequenz ist die FDP auch heute noch der Meinung, dass der in der ursprünglichen Vorlage sauber begründete Betrag ausreichen muss. Es handelt sich um den nötigen Betrag. Heute befindet man sich in einer Situation, in der zwischen Nötigem und Wünschbarem unterschieden werden muss. Deshalb möchte die FDP auf die ursprüngliche Vorlage zurückkommen. Es handelt sich auch hierbei noch um gut CHF 4 Mio., die zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt wird weitergeführt und die Waldpflege ist nicht in Frage gestellt, sondern lediglich auf das Nötige beschränkt. Heute kann der Landrat konkret überlegen, ob er CHF 2,5 Mio. weniger ausgeben möchte, oder ob er nur schon ein bisschen Widerstand umkippt. Mehr Geld für den Wald wäre zwar schön, aber die Finanzen lassen dies aktuell nicht zu. Die FDP-Fraktion beantragt, dass mit der Vorlage anstelle von CHF 6,25 Mio., CHF 4,08 Mio. gesprochen werden. Sollte dann jemand zur Ansicht gelangen, das Geld reiche nicht, kann immer noch erneut an den

Landrat gelangt werden. Balz Stückelberger lässt sich aber nicht beeindrucken von angekündigten Budgetanträgen. Denn bei den CHF 4,08 Mio. handelt es sich um den ursprünglichen Vorschlag des Amtes für Wald, den der Regierungsrat damals unterschrieben hatte. Balz Stückelberger lädt alle dazu ein, die Prüfung für sich zu machen. Heute besteht die Möglichkeit, CHF 2,5 Mio. weniger auszugeben.

Für **Werner Hotz** (EVP) hat die Vorlage, wie ein guter Rotwein, mit dem Zusatzjahr an Reife gewonnen. Es habe sich wirklich gelohnt, dass die Vorlage nochmals überarbeitet und ergänzt worden sei. Jetzt liegt eine austarierte Vorlage vor. Die wesentliche Veränderung betrifft die Waldpflegebeiträge mit CHF 5 Mio. statt CHF 2,8 Mio. Die geplanten Verjüngungsmassnahmen sind sinnvoll oder sogar essentiell für den Baselbieter Wald. Neu schliesst der Kanton Leistungsvereinbarungen mit den Waldeigentümern und den Zweckverbänden ab. Dies ergibt Sinn, da damit Verbindlichkeit für beide Seiten besteht. Der Wald braucht die zusätzlichen Mittel für den Unterhalt. Für dieses wichtige Anliegen sollte der vom Regierungsrat beantragte Betrag gesprochen werden. Haushälterisch mit den Mitteln umgehen: Ja. Aber die Grüne/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass Sparen in dieser Sache einen Boomerang-Effekt hätte. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Vorlage und lehnt den Antrag der FDP-Fraktion ab.

Patricia Doka-Bräutigam (Die Mitte) verweist betreffend Inhalt auf das Votum der Kommissionspräsidentin. Auch die Mitte-Fraktion sei mit der neuen Vorlage einverstanden, welche die richtigen Prioritäten setze. Der Umweg zurück zum Regierungsrat hat sich gelohnt. Es konnte für alle Beteiligten das Bestmögliche herausgeholt werden und es werden die richtigen Massnahmen umgesetzt. Die Erhöhung ist deshalb angebracht. Die Mitte-Fraktion hofft, dass die Ziele des Programms so erreicht werden und die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels auf den Wald bewältigt werden können. Die Mitte-Fraktion ist für die Vorlage und gegen den Antrag der FDP-Fraktion.

Tim Hagmann (GLP) sagt, «gouverner c'est prévoir». Richtig zu regieren heisst, vorausschauend zu handeln. Der Klimawandel ist ein Fakt und findet statt. Damit muss sich der Landrat abfinden und heute Weichen stellen für die mittel- und langfristige Zukunft. Beim Thema Wandel kann nicht schnell, schnell eine Massnahme ergriffen, ein Pflänzchen gepflanzt und gemeint werden, es komme dann schon gut. Wenn die Jungen im Saal einmal alt sind und mit ihren Enkelkindern sprechen, dann werden diese ihre Grosseltern bezüglich Klimawandel fragen, wo sie gewesen sind und was sie unternommen haben. Heute werden diese Weichen gestellt. Die GLP-Fraktion dankt in diesem Zusammenhang dem Regierungsrat. Er hat im Rahmen des Prozesses eine gewisse Flexibilität gezeigt, um die Themen noch einmal anzuschauen und die privaten Waldeigentümer einzubinden. Es ginge aber noch mehr und wahrscheinlich wäre es sogar notwendig, noch mehr zu tun. Die GLP-Fraktion ist sich aber bewusst, dass die Kantonsfinanzen angespannt sind, weshalb hier eine akzeptable – wenn auch nicht optimale – Lösung präsentiert wird. An die liberalen Kolleginnen und Kollegen: Liberal bedeutet auch, für die zukünftigen Generationen verantwortungsvoll zu handeln. Tim Hagmann bittet darum, verantwortungsvoll für die Zukunft zu handeln und ebenfalls Ja zu sagen respektive Nein zum Antrag von Balz Stückelberger.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) sagt, wie alle wüssten, setze sie sich sehr stark für den Wald ein. Dies hat auch seine Gründe. Sie wendet sich im Besonderen an die FDP, da sie glaubt, dass diese tatsächlich die Situation verkenne. Es geht hier nicht einfach ums Umkippen für eine nicht notwendige Sache, sondern im Gegenteil. Es geht wirklich darum, sich um eine Notwendigkeit zu kümmern. Es darf nicht vergessen werden, dass der Kanton Basel-Landschaft zu 40 % aus Wald besteht. Dies ist eine riesige Fläche, die von Mensch und Tier intensiv genutzt wird. Es handelt sich um ein Generationenprojekt. Es kann heute nicht einfach gespart werden,

sondern es muss daran gedacht werden, dass der Wald auch in den nächsten Jahrzehnten funktionsfähig sein muss. Béatrix von Sury d'Aspremont appelliert an die FDP, nochmals zu überlegen, was langfristig wirklich notwendig und lebenswert ist.

Simon Tschendlik (Grüne) nimmt hoch erfreut wahr, wie sich alle Parteien, mit Ausnahme der FDP, für den Wald einsetzen. Ihn freut es auch, dass die im Wald Beschäftigten so viel Würdigung erhalten. Er ist aber sehr überrascht über die FDP, die als wirtschaftlich und vorausschauend denkend sich eigentlich bewusst sein müsste, dass man heute günstiger davonkommt, als wenn mit den Massnahmen zugewartet wird. Beim Wald denkt man in Zeiträumen von 100 Jahren. Wird heute zugewartet, kostet es künftig ein Vielfaches. Zudem lohnt sich die Waldwirtschaft in Basel-Landschaft nicht. Im Durchschnitt gibt es Holzerträge von CHF 60.– bis CHF 65.– pro Kubikmeter. Gleichzeitig betragen die Holzerntekosten CHF 70.– bis CHF 80.– – je nach Steilheit der Lage und Holzart. Deshalb ist Simon Tschendlik sehr dankbar für die Zustimmung zur Vorlage und lädt die FDP dazu ein, sich mit Waldeigentümern in Verbindung zu setzen und mit diesen einmal in den Wald zu gehen. An der Basis ist die aktuelle Situation schon lange klar. Würde sich die FDP die Situation persönlich vor Augen führen, würde sie heute wohl anders agieren.

Urs Roth (SP) hat eine Präzisierung zum Votum von Balz Stüchelberger. Dieser habe ein paar Interna zum Vorgehen der VGK genannt. Dagegen hat Urs Roth zwar nichts einzuwenden, aber Balz Stüchelberger hätte durchaus auch sagen können, dass die Diskussion zur zweiten Vorlage ebenfalls unter Beizug von Experten aus Verwaltung und Waldwirtschaft geführt wurde.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts. Wer sich damit beschäftigt hat, wird sehr wohl erkennen, dass es sich bei der aktuellen Vorlage nicht nur um eine finanzielle Veränderung handelt, sondern dass das Geschäft auch wesentliche inhaltliche Anpassungen erhalten hat. Selbstverständlich hält der Regierungsrat den Politbetrieb und potentielle Anträge im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans sehr gut aus. Hier ging es nun vielmehr darum, herauszufinden, was es wirklich braucht, damit auf der Basis einer sauberen Methodik mittel- und langfristig die richtigen Mittel gegeben sind, um die gewünschte Zielsetzung zu erreichen. Tatsächlich haben in der ursprünglichen Vorlage dazu ein paar Aussagen gefehlt, was vermutlich auch zu den Anträgen geführt hat. Deshalb hat der Regierungsrat entschieden, das Geschäft nochmals zurückzuziehen und mit den Fachpersonen in der Verwaltung und jenen, die im Wald arbeiten, nochmals genau anzuschauen, was es braucht. Einige Differenzen zur vorhergehenden Vorlage, die von Kommissionspräsidentin Lucia Mikeler Knaack bereits erwähnt wurden: Zum einen wird neu eine Leistungsvereinbarung mit den Waldeigentümern abgeschlossen. Es geht darum, dass eine Waldstrategie gefordert wird, die es vorhin als Grundlage nicht gegeben hat. Zum anderen geht es darum, dass sich die Waldeigentümer via Finanzierungsplan verbindlich verpflichten, ihren Anteil von 30 % bis 40 % an den Geldern auch leisten. Das heisst, es können nicht einfach so Gelder vom Bund abgeholt werden. Ganz wichtig ist, dass es um die so genannte Umtriebszeit geht. Hier wurde auf den Methodenbericht Bezug genommen. Aktuell ist der Wald auf eine Umtriebszeit von 130 Jahren ausgerichtet. Wer beispielsweise nach der grossen Trockenheit im Hardwald war, weiss, dass die 130 Jahre nicht mehr passend sind, um langfristig diejenige Stabilität zu erreichen, die nötig ist, damit der Wald langfristig seine vielfältigen Funktionen erhalten kann. Richtig ist: Der Wald kann Klimawandel. Aber die Menschen haben einige Ansprüche an den Wald, die dieser nicht erfüllen kann, wenn er überaltert ist. Dabei ist von Trinkwasserspeicherung, von Lebensraum, von Schutzwald und von einem massiven Nutzungsdruck in Bezug auf Freizeit und Erholung die Rede. Ein Wald, der nicht mehr stabil ist, führt dazu, dass Flächen gesperrt werden müssen – was eigentlich per se im Wald so nicht vorgesehen ist. Muss der Wald so stabil sein, wie es die Menschen gerne hätten, dann muss er schneller verjüngt werden, als er dies von sich aus schaffen würde. Im Methodenbericht konnte aufgezeigt werden, dass es mit den vorge-

sehenen Flächen und Beträgen möglich ist, die Umtriebszeit von 130 auf 100 Jahre zu reduzieren, dies gemeinsam mit anderen Massnahmen, die ebenfalls ergriffen werden. Dabei handelt es sich letztlich um einen Kompromiss zwischen den Waldeigentümern, jenen, die im Wald arbeiten, und jenen, die im Amt Wald beider Basel die Verantwortung tragen. Selbstverständlich kann immer mehr oder auch weniger gemacht werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass alles Geld, das nicht direkt an der «Front» landet, möglichst gestrichen werden kann. Markus Graf sei dafür gedankt, dass er dies betont hatte. An diejenigen, die einen Antrag zum Sparen in Erwägung ziehen: Der Wald sollte genauso als Infrastruktur betrachtet werden wie Strassen oder ÖV-Anlagen. Es braucht ein kontinuierliches, langfristig abgesichertes Investment, damit der Gegenwart erhalten werden kann, den der Wald liefert. Ein «Up and Down» lohnt sich nicht, wie aus der Strassenrechnung bekannt ist. Das holt einen immer irgendwann ein. Dies gilt auch für den vorliegenden Fall. Regierungsrat Thomi Jourdan glaubt mit der Vorlage eine fachlich fundierte Basis zu haben, um langfristig den richtigen Weg zu gehen. Er glaubt deshalb auch nicht, dass es in den nächsten Jahren für das Thema Wald im Klimawandel weitergehende Budgetanträge braucht.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 1

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) lässt über folgenden Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Für das Programm «Waldpflege im Klimawandel» für die Jahre 2025–2028 wird eine neue einmalige Ausgabe von ~~6,52~~ 4,08 Millionen Franken bewilligt.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 57:24 bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ziffern 2–3

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 77:5 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

über die Ausgabenbewilligung für das Programm «Waldpflege im Klimawandel» für die Jahre 2025–2028

vom 29. August 2024

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für das Programm «Waldpflege im Klimawandel» für die Jahre 2025–2028 wird eine neue einmalige Ausgabe von 6,52 Millionen Franken bewilligt.
 2. Die voraussichtlich und bestenfalls (best case) zu erwartenden Bundesbeiträge an das Programm im Umfang von 300'000 Franken werden zur Kenntnis genommen.
 3. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.
-